



## Niederschrift 26. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Mittwoch, 09.09.2020
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:04 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	19:38 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Plenarsaal, Stadtverwaltung Potsdam, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, 14469 Potsdam

---

### Anwesend sind:

#### Ausschussmitglieder

Frau Janny Armbruster	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr David Kolesnyk	SPD	
Frau Dr. Sarah Zalfen	SPD	
Herr Andreas Walter	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Dr. Gert Zöllner	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE	
Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg	DIE LINKE	
Herr Götz Thorsten Friederich	CDU	
Frau Anna Lüdcke	CDU	ab 17:06 Uhr
Herr Christian Kube	DIE aNDERE	
Herr Carsten Linke	DIE aNDERE	
Herr Chaled-Uwe Said	AfD	
Herr Björn Teuteberg	Freie Demokratische Partei	ab 17:08 Uhr

#### stellv. Ausschussmitglieder

Herr Pete Heuer	SPD	
Frau Dr. Anja Günther	DIE LINKE	ab 17:38 Uhr
Frau Dr.med. Carmen Klockow	Bürgerbündnis	

### Nicht anwesend sind:

#### Ausschussvorsitzender

Herr Mike Schubert Oberbürgermeister entschuldigt  
gem. § 56 Abs. 2 BbgKVerf geht das Stimmrecht auf seine Vertretung über; hier auf den  
Bürgermeister Herrn Exner

#### Ausschussmitglieder

Herr Daniel Keller	SPD	entschuldigt
Herr Stefan Wollenberg	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis	entschuldigt

**Schriftführerin:**

Frau Heike Ziegenbein Büro der Stadtverordnetenversammlung

**Tagesordnung:****Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle  
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen/nicht öffentlichen Teils  
der Sitzung vom 26.08.2020
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 3.1 Grundsatzentscheidung Entwicklungsgebiet Krampnitz  
Vorlage: 20/SVV/0736  
Fraktion DIE aNDERE  
Äa Stadtverordneter Menzel, BVB/Freie Wähler
- 3.2 Erweiterung der Berichtspflicht zur Entwicklungsmaßnahme Krampnitz  
Vorlage: 20/SVV/0779  
Fraktion DIE aNDERE
- 3.3 Ordnungsbehördliche Verordnung der Landeshauptstadt Potsdam über  
Öffnungszeiten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen aus Anlass  
besonderer Ereignisse (2. Advent am 06.12.2020 und 4. Advent am 20.12.2020)  
Vorlage: 20/SVV/0776  
Oberbürgermeister, Fachbereich Ordnung, Sicherheit und Gesundheit
- 3.4 Transparenz bei kommunalen Ausschreibungen  
Vorlage: 20/SVV/0847  
Fraktion Freie Demokraten
- 3.5 Maskenpflicht im Potsdamer ÖPNV durchsetzen  
Vorlage: 20/SVV/0848  
Fraktion Freie Demokraten  
Äa Fraktion DIE aNDERE  
zur Erledigung
- 3.6 Divestment und Finanzanlage nach ökologischen, sozialen und Good  
Governance-Kriterien  
Vorlage: 20/SVV/0849  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 3.7 Sicherer Hafen II  
Vorlage: 20/SVV/0856  
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke  
neue Fassung vom 19.08.2020  
zur Erledigung

- 3.8 Sachprämien für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der christlichen Kliniken in Potsdam  
Vorlage: 20/SVV/0861  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
zur Erledigung
- 4 Verständigung zur Einwohnerfragestunde
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Bericht des Oberbürgermeisters aus der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 19.08.2020
- 5.2 Einrichtung, Struktur, Ziele und Aufgaben der Geschäftsstelle "Kommunaler Präventionsrat" der Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 20/SVV/0817  
Oberbürgermeister, Fachbereich Ordnung, Sicherheit und Gesundheit
- 5.3 Sponsoringbericht der Landeshauptstadt Potsdam 2017/2018  
Vorlage: 20/SVV/0814  
Oberbürgermeister, Fachbereich Recht und Vergabemanagement
- 5.4 Integrationsmonitoring 2019  
Vorlage: 20/SVV/0766  
Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
- 6 Sonstiges

## **Niederschrift:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Frau Armbruster verweist eingangs darauf, dass der Oberbürgermeister auch zu dieser Sitzung krankheitsbedingt abwesend ist, so dass sie wiederum die Sitzungsleitung übernimmt. Sie betont, dass sie die Reaktionen einzelner Fraktionen auf die Situation als unangebracht empfinde. Anschließend eröffnet sie die Sitzung.

#### **zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen/nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 26.08.2020**

Die stellervertretende Vorsitzende, Frau Armbruster, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 14 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung informiert sie über die beantragten Rederechte von

- dem Stadtverordneten Menzel zum Tagesordnungspunkt 3.1, Grundsatzentscheidung Entwicklungsgebiet Krampnitz, Vorlage: 20/SVV/0736
- dem Migrantenbeirat für die Vorsitzende Frau Pohle zum Tagesordnungspunkt 3.7, Sicherer Hafen II, Vorlage: 20/SVV/0856

Den Anträgen auf Rederecht wird mehrheitlich, bei einer Stimmenthaltung zugestimmt.

Im Weiteren bittet sie namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, den Tagesordnungspunkt 3.8, Sachprämien für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der christlichen Kliniken in Potsdam, Vorlage: 20/SVV/0861, **zurückzustellen**, da der Beitrag von Bund und Land zu dieser Frage derzeit noch diskutiert werde.

Die so geänderte Tagesordnung wird mit Stimmenmehrheit **bestätigt**.

Zur Niederschrift der 25. öffentlichen und nicht öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 16.08.2020 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird mit Stimmenmehrheit, bei 2 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

### zu 3 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

#### zu 3.1 **Grundsatzentscheidung Entwicklungsgebiet Krampnitz**

**Vorlage: 20/SVV/0736**

Fraktion DIE aNDERE

Äa Stadtverordneter Menzel, BVB/Freie Wähler

Eingangs wird der Antrag namens der Fraktion DIE aNDERE vom Stadtverordneten Kube eingebracht.

Anschließend erläutert der **Stadtverordnete Menzel, BVB/Freie Wähler** seinen **Änderungsantrag** mit folgendem Wortlaut:

Als Neues 1 bis 4 sollen eingefügt werden (alle weiteren Punkte verschieben sich nach hinten)

- 0 Die Auflagen des Bescheides zur Zielabweichung (ZAV) der gemeinsamen Landesplanung gemäß Bescheid vom 29.04.2013 müssen zwingend eingehalten bzw. entsprechend korrigiert werden. Das bedeutet u.a., dass das Verkehrskonzept korrigiert und z.B. entsprechende Kreuzungsführungen (z.B. im Bereich Eingang/ Stadtplatz) der Planung angepasst werden müssen.
- 1 sämtliche Bereiche mit einem naturschutzfachlichen Schutzstatus (NSG, LSG, Wald) und sonstige Anliegen des Naturschutzes (z.B. Kleinfledermäuse) sind auf dem Gebiet der Entwicklungsmaßnahmen unbedingt zu beachten. Eine den Zielen dieser Schutzgebiete und

Lebensräume widersprechende Nutzung wird ausgeschlossen. Im Bereich des LSG befindlichen Ufers des Krampnitzsees soll nicht aus dem LSG ausgelöst werden.

- 2 Die Stellungnahme der anerkannten Naturschutzverbände ist in seinen Forderungen wenn möglich zu folgen, bzw. eine besonders hohe Wertigkeit zukommen zu lassen. Die Abwägung des OB ist vor dem Satzungsbeschluss intensiv im Umweltausschuss unter Hinzuziehung der Natur- und Umweltschutzverbände zu beraten. Dabei sollte in Konfliktfällen eine Konsenslösung angestrebt werden.  
Punkt 1 und 2 zusammenfassend muss die Planung in Hinblick auf vorhandene Grünstrukturen abgestimmt werden, da diese weitestgehend erhalten bleiben sollen.  
Der Biotopverbund mit durchgängigen Grünverbindungen für die Tier- und Pflanzenwelt muss ein wichtiges Ziel der Landschaftsplanung sein.
- 3 Die Trassenführung einer Tramverlängerung darf nur unter Beachtung der alten Eichen und der ohne Beeinträchtigung der Schutzgebiete (LSG und NSG) erfolgen.
- 4 Das genannte Ziel, der Entwicklung eines durchgrünten, autoarmen und CO<sub>2</sub>-neutralen Quartiers, kann von Beginn an nur durch ein Nahwärmenetz erreicht werden, welches nicht auf fossilen Brennstoffen des bisher geplanten Blockheizkraftwerks aufbaut (sondern z.B. auf Holz, Solar oder Geothermie). Außerdem sollten zusätzlich Mindeststandards für die Gebäude, z.B. Passivhausstandard festgelegt werden.
- 5 Der im Antrag 3. Absatz soll ergänzt werden. Dabei ist spätestens nach jeder Entwicklungsstufe zu prüfen, ob sich die Annahmen der Verkehrswirkungsanalyse (75 % Verkehr nach Potsdam, jede 2 Wohnung 1 KFZ) in der Realität erfüllen. Bevor dafür kein Nachweis gelingt, darf die nächste Entwicklungsstufe nicht in Angriff genommen werden.  
Abweichungen über  $\pm 15\%$  bedürfen einer besonderen Betrachtung und Beschlussfassung durch die STVV.
- 6 Mit B-Pläne der Bauleitplanung für die Stufe 3 darf erst begonnen werden, wenn die Tram bis Krampnitz verlängert wurde und die Annahmen der Verkehrswirkungsanalyse durch die Erhebungen in den ersten beiden Entwicklungsstufen bestätigt wurden.
- 7 Für städtebaulich bedeutende Situationen (z.B. Stadtplätze, Schulen, etc) sollen Planungswettbewerbe (mit mind.10 Teilnehmern) ausgelobt werden.

Im Weiteren bringt der Stadtverordnete Kolesnyk den **Änderungsantrag** der **Fraktion SPD** mit folgendem Wortlaut ein:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, folgende Vorgaben für die künftige Entwicklung des Entwicklungsgebietes Krampnitz umzusetzen:

1. Bei der Veräußerung der Grundstücke ist sicherzustellen, dass mindestens **2.500 1.000** Wohnungen dauerhaft im kommunalen Eigentum verbleiben.

2. Die Entwicklungsmaßnahme ist **zeitlich** so zu organisieren, dass **mindestens jederzeit** 25 % des entstehenden Wohnungsbestandes zu Mieten angeboten werden, die ~~nicht über dem Kostensatz liegen, der als Kosten der Unterkunft (KdU) übernommen wird.~~ **den Bedingungen des geförderten Wohnungsbaus des Landes Brandenburg entsprechen. Darüber hinaus ist auch genossenschaftliches Wohnen in Krampnitz zu schaffen, um mietpreisgedämpften Wohnraum anzubieten.**
3. Das Entwicklungsgebiet Krampnitz soll so konzipiert werden, dass dort Wohnraum für 10.000 Menschen entsteht.
4. Für die verkehrliche Erschließung des neuen Stadtteils in Krampnitz ist die Anbindung an die Potsdamer Innenstadt durch eine Straßenbahnverbindung und einen Radschnellweg zu gewährleisten, die Anbindung des Potsdamer Nordens an die Regionalbahn am Bahnhof Marquardt **oder Satzkorn** sicherzustellen sowie eine **20-minütige** Busverbindung zwischen den nördlichen Stadt- und Ortsteilen zu realisieren.

Herr Kümmel, Planungsbüro, betont, dass die Stadt im gesamten Stadtgebiet einen Anteil von 20 % kommunaler Wohnungen halten wolle – das wären in Krampnitz rund 1.000 Wohnungen der Pro Potsdam. Er schlägt vor, diese Zahl festzusetzen und im Beschluss zu verankern, da er die Zielstellung der Verwaltung unterstütze. Darüber hinaus gebe es auch andere Formen für Wohnungen mit einem gedämpften Mietpreis, der vor allem für die, die knapp über der Fördergrenze liegen, wichtig sei; hierbei seien insbesondere die Genossenschaften gefragt.

Im Weiteren erläutert er das Vermarktungskonzept und die Verteilung der einzelnen Wohnformen im Entwicklungsgebiet Krampnitz.

Frau Dr. Klockow betont in der sich anschließenden Diskussion, dass Auflagen, wie die Verkehrsanalyse, einschließlich der Analyse zur verkehrlichen Anbindung nach Spandau sowie eine Lärmauswirkungsanalyse nach wie vor fehlen. Nach ihrer Auffassung könne erst danach mit der Bauleitplanung weiter verfahren werden.

Bezug nehmend auf die von der Fraktion SPD beantragten Änderungen betont Herr Linke, dass die Fraktion DIE aNDERE die vorgeschlagenen Änderungen im Punkt 4 übernehme. Die Punkte 1 und 2 sollten wie folgt zur Abstimmung gestellt werden:

Punkt 1: ....., dass mindestens **so viele** Wohnungen dauerhaft im kommunalen Eigentum verbleiben, **wie im Besitz der „Deutsche Wohnen“ sind**

Punkt 2: ....., dass **jederzeit 10 % und abschließend 25 %** des entstehenden Wohnungsbestandes ....

Im Weiteren wird das Anliegen, den Anteil kommunaler Wohnungen im Stadtteil Krampnitz zu erhöhen, kontrovers diskutiert, insbesondere die Festsetzung der Maximalzahlen unter den jetzigen Rahmenbedingungen und die avisierte Einwohnerzahl. Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, Herr Rubelt, merkt an, dass die angesprochenen Themen in die interfraktionelle Arbeitsgruppe gehören. Bezugnehmend auf die Ausführungen der Mitglieder des Hauptausschusses stellt er klar, dass auch die Verwaltung eine Vielfalt von Wohnformen in diesem Stadtteil anstrebe, um es lebendiger zu machen. Dazu würden verschiedene Akteure benötigt, so dass der

Änderungsantrag richtig und wichtig sei, weil er die Zielstellung der Verwaltung unterstütze. Er verweist auf die Notwendigkeit eine planbare Größe auch jetzt schon festzulegen, um die Infrastruktur entsprechend entwickeln zu können und auf die bereits vorhandene Masterplanentscheidung, die hier nicht in Frage gestellt werden sollte.

Frau Dr. Klockow beantragt über die von Herrn Menzel beantragten Änderungen einzeln abzustimmen, wogegen sich kein Widerspruch erhebt:

**Abstimmung:**

Punkt 0 des Änderungsantrages des Stadtverordneten Menzel wird mit

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	1
Ablehnung:	11
Stimmhaltung:	5

**abgelehnt.**

**Abstimmung:**

Punkt 1 des Änderungsantrages des Stadtverordneten Menzel wird mit

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	1
Ablehnung:	11
Stimmhaltung:	4

**abgelehnt.**

**Abstimmung:**

Punkt 2 des Änderungsantrages des Stadtverordneten Menzel wird mit

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	3
Ablehnung:	11
Stimmhaltung:	3

**abgelehnt.**

**Abstimmung:**

Punkt 3 des Änderungsantrages des Stadtverordneten Menzel wird mit

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	0
Ablehnung:	14
Stimmhaltung:	3

**abgelehnt.**

**Abstimmung:**

Punkt 4 des Änderungsantrages des Stadtverordneten Menzel wird mit

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 1  
Ablehnung: 12  
Stimmenthaltung: 3

**abgelehnt.**

**Abstimmung:**

Punkt 5 des Änderungsantrages des Stadtverordneten Menzel wird mit

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 3  
Ablehnung: 11  
Stimmenthaltung: 1

**abgelehnt.**

**Abstimmung:**

Punkt 6 des Änderungsantrages des Stadtverordneten Menzel wird mit

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 5  
Ablehnung: 10  
Stimmenthaltung: 1

**abgelehnt.**

**Abstimmung:**

Punkt 7 des Änderungsantrages des Stadtverordneten Menzel wird mit

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 2  
Ablehnung: 10  
Stimmenthaltung: 4

**abgelehnt.**

**Abstimmung:**

Der von der Fraktion DIE aNDERE beantragte geänderte Punkt 1 wird mit

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 2  
Ablehnung: 13  
Stimmenthaltung: 2

**abgelehnt.**

**Abstimmung:**

Der von der Fraktion DIE aNDERE beantragte geänderte Punkt 2 wird mit



**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 2  
Ablehnung: 13  
Stimmenthaltung: 2

**abgelehnt.**

**Abstimmung:**

Der von der Fraktion SPD beantragte Änderungsantrag mit der Ergänzung im Punkt 2 um das Wort „mindestens“ wird mit

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 11  
Ablehnung: 2  
Stimmenthaltung: 4

**angenommen.**

Der so geänderte Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, folgende Vorgaben für die künftige Entwicklung des Entwicklungsgebietes Krampnitz umzusetzen:

1. Bei der Veräußerung der Grundstücke ist sicherzustellen, dass mindestens ~~2.500~~ **1.000** Wohnungen dauerhaft im kommunalen Eigentum verbleiben.
2. Die Entwicklungsmaßnahme ist **zeitlich** so zu organisieren, dass **mindestens jederzeit** 25 % des entstehenden Wohnungsbestandes zu Mieten angeboten werden, die ~~nicht über dem Kostensatz liegen, der als Kosten der Unterkunft (KdU) übernommen wird.~~ **den Bedingungen des geförderten Wohnungsbaus des Landes Brandenburg entsprechen. Darüber hinaus ist auch genossenschaftliches Wohnen in Krampnitz zu schaffen, um mietpreisgedämpften Wohnraum anzubieten.**
3. Das Entwicklungsgebiet Krampnitz soll so konzipiert werden, dass dort Wohnraum für 10.000 Menschen entsteht.
4. Für die verkehrliche Erschließung des neuen Stadtteils in Krampnitz ist die Anbindung an die Potsdamer Innenstadt durch eine Straßenbahnverbindung und einen Radschnellweg zu gewährleisten, die Anbindung des Potsdamer Nordens an die Regionalbahn am Bahnhof Marquardt **oder Satzkorn** sicherzustellen sowie eine **20-minütige** Busverbindung zwischen den nördlichen Stadt- und Ortsteilen zu realisieren.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 10  
Ablehnung: 4  
Stimmenthaltung: 2

**zu 3.2 Erweiterung der Berichtspflicht zur Entwicklungsmaßnahme Krampnitz**  
**Vorlage: 20/SVV/0779**  
Fraktion DIE aNDERE

Der Antrag wird namens der Fraktion DIE aNDERE vom Stadtverordneten Kube eingebracht.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, Herr Rubelt, verweist darauf, dass die Zusammenarbeit, die Intensität und das Format der Zusammenarbeit besprochen wurde und in der Bildung der interfraktionellen Arbeitsgruppe mündete, die separat zum Forum Krampnitz agiere. Dort sei auch die Gelegenheit, die Fragen zu stellen und die geforderten Inhalte einzubringen. Ebenso sei der Statusbericht eine Reaktion auf die kritische Haltung der Stadtverordnetenversammlung. All das wurde im Hauptausschuss diskutiert und miteinander vereinbart.

Herr Linke entgegnet, dass es sich bei der Entwicklungsmaßnahme Krampnitz um das größte Bauvorhaben der Stadt handele, was einer Berichterstattung im Hauptausschuss bedürfe. Darüber hinaus habe die Öffentlichkeit ein Recht auf Information. Dem schließt sich Frau Dr. Klockow an und signalisiert Zustimmung zu diesem Antrag, der den Erfahrungen der Vergangenheit Rechnung trage.

Herr Kümmel, Planungsbüro, verweist auf die zwei dem Hauptausschuss bereits vorgelegten umfassenden Statusberichte; der nächste werde im Dezember 2020 vorgelegt.

Herr Dr. Scharfenberg spricht sich dafür aus, das Vorhaben wie verabredet weiter zu begleiten und sieht zum gegenwärtigen Zeitpunkt kein Erfordernis darin, dem Antrag der Fraktion DIE aNDERE zu folgen.

Frau Armbruster schlägt vor, Fragen und Hinweise über die Fraktionen an die Verwaltung zu geben, um diese in der interfraktionellen Arbeitsgruppe berücksichtigen zu können.

Der vorliegende Antrag wird mit folgendem Wortlaut zur Abstimmung gestellt:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Ab September 2020 berichtet die Verwaltung vierteljährlich im Hauptausschuss über den aktuellen Stand der Entwicklung des neuen Stadtteils Krampnitz.

Diese Berichtspflicht soll zusätzlich zu den Treffen des Forum Krampnitz bestehen.

In die Statusberichte ist als regelmäßiger Bestandteil zusätzlich die Information darüber aufzunehmen, wie hoch der Anteil der geplanten bzw. gebauten Wohnungen ist., die zu einer Miete angeboten werden, die der Höhe nach als „Kosten der Unterkunft“ übernommen wird.

Über die Informationen im Statusbericht hinaus, können die Stadtverordneten im Hauptausschuss verbindlich Themen festlegen und Fragen formulieren, zu denen im darauffolgenden Bericht ausführlich Rechenschaft abzulegen ist.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 7  
Ablehnung: 10  
Stimmenthaltung: 0

Damit empfiehlt der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag **abzulehnen**.

**zu 3.3**      **Ordnungsbehördliche Verordnung der Landeshauptstadt Potsdam über Öffnungszeiten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen aus Anlass besonderer Ereignisse (2. Advent am 06.12.2020 und 4. Advent am 20.12.2020)**

**Vorlage: 20/SVV/0776**

Oberbürgermeister, Fachbereich Ordnung, Sicherheit und Gesundheit

Die Beigeordnete für Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit, Frau Meier bringt die Beschlussvorlage ein.

Dazu merkt Herr Dr. Scharfenberg an, dass die verkaufsoffenen Sonntage in den letzten Jahren generell zurückgefahren worden seien und die Öffnung der Einzelhandelszentren kein Anspruch mehr sei. Außerdem sehe er keinen zwingenden Grund dafür, die Postleitzahl 14480 davon auszunehmen.

Frau Meier entgegnet, dass die Öffnung des Sterncenters intensiv diskutiert wurde. Im Ergebnis sei festgestellt worden, dass die Menschen eher in die Innenstadt drängen.

Herr Kolesnyk verweist darauf, dass die Sonntagsöffnung des Sterncenters deshalb ein Problem gewesen sei, weil um das Sterncenter herum nichts „Besonderes“ angeboten wurde, was dies rechtfertige bzw. wurden die Bedingungen für eine Öffnung am Sonntag nicht erfüllt. Das habe auch das Gericht so festgestellt.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass er sehr dafür werbe, bis zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung darüber nachzudenken, dies zu ändern. Er behalte sich vor, einen entsprechenden Änderungsantrag zu stellen. Das Konzept sei für ihn nicht stimmig, denn die Menschen würden die Öffnung des Sterncenters sehr wohl annehmen.

Ebenso spricht sich Herr Teuteberg für die Modifizierung der Beschlussvorlage aus. Er unterstütze die Beschränkungen nicht; der Bedarf für die Öffnung sei definitiv da.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Ordnungsbehördliche Verordnung der Landeshauptstadt Potsdam über Öffnungszeiten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen aus Anlass besonderer Ereignisse (2. Advent am 06.12.2020 und 4. Advent am 20.12.2020).

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 13  
Ablehnung: 2  
Stimmenthaltung: 2

#### zu 3.4 **Transparenz bei kommunalen Ausschreibungen**

**Vorlage: 20/SVV/0847**

Fraktion Freie Demokraten

Der Stadtverordnete Teuteberg bringt namens der Fraktion Freie Demokraten den Antrag ein.

Die stellvertretende Vorsitzende Frau Armbruster verweist auf die ablehnenden Stellungnahmen des Ausschusses für Finanzen und des Rechnungsprüfungsausschusses.

Da kein Redebedarf besteht, wird der Antrag zur Abstimmung gestellt:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zur Offenlegung und Transparenz die Erstellung eines Ausschreibungskalenders für sich wiederholende/fortlaufende Leistungen der Landeshauptstadt Potsdam mit folgenden Rahmendaten zu veranlassen:

1. Auflistung aller sich wiederholenden Ausschreibungen mit einem Gesamtvolumen von über 150.000 EUR
2. Auflistung bestehend aus:
  - Zugeordneter Geschäftsbereich
  - Ansprechpartner in der Verwaltung mit Kontaktdaten (E-Mail)
  - Leistung/Aufgabenfeld
  - Gesamtvolumen

Die Auflistung ist mit einem Vorlauf von mindestens einem Jahr vor Ende der laufenden Ausschreibung zu aktualisieren. Eine aktualisierte Auflistung ist den Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung monatlich zur Verfügung zu stellen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>3</b>
Ablehnung:	<b>11</b>
Stimmenthaltung:	<b>2</b>

Damit empfiehlt der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag **abzulehnen**.

#### zu 3.5 **Maskenpflicht im Potsdamer ÖPNV durchsetzen**

**Vorlage: 20/SVV/0848**

Fraktion Freie Demokraten

Äa Fraktion DIE aNDERE

zur Erledigung

Der Stadtverordnete Teuteberg bringt namens der Fraktion der Freien Demokraten den Antrag ein.

Die Beigeordnete für Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit, Frau Meier, verweist auf die jetzige Praxis, dass bei Fahrscheinkontrollen diejenigen gebeten werden an der nächsten Station die Tram oder den Bus zu verlassen, die keinen Mund-Nasen-Schutz tragen. Kontinuierliche Kontrollen könne der Außendienst

auf Grund der Anzahl der Mitarbeitenden nicht leisten. Rechtssicher, so Frau Meier, wäre eine Änderung der Beförderungsrichtlinie, die bislang von den Verkehrsbetrieben aber als nicht notwendig erachtet werde.

Herr Dr. Zöller bezeichnet den vorliegenden Antrag als zu „dünn“, denn zum einen müsse die rechtliche Seite geprüft werden und zum anderen müssen Regelungen noch praktikabel bleiben. Außerdem stehe die Frage, wer das dann durchsetzen soll. Aus seiner Erfahrung seien die Verkehrsbetriebe sehr aktiv, so z.B. durch Aushänge und Durchsagen.

Anschließend bringt Herr Linke namens der Fraktion DIE aNDERE folgenden Änderungsantrag ein:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, als Vertreter des Gesellschafters der Potsdamer Stadtwerke darauf hinzuwirken, dass die ViP die Maskenpflicht im ÖPNV **rechtssicher und praktikabel** umsetzt.

Frau Lüdcke schlägt namens der Fraktion CDU folgende neue Fassung vor:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass die Maskenpflicht in den öffentlichen Verkehrsmitteln in der Landeshauptstadt Potsdam durchgesetzt wird. Über das konkrete Vorgehen soll der Hauptausschuss am 23.09.2020 informiert werden.

**Abstimmung:**

Die von der Fraktion CDU vorgeschlagene neue Fassung wird mit

mit 12 Nein-Stimmen **abgelehnt**,  
bei 5 Ja-Ja-Stimmen.

**Abstimmung:**

Der Änderungsantrag der Fraktion DIE aNDERE wird  
**einstimmig angenommen.**

Der so geänderte Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

**Der Hauptausschuss beschließt:**

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt, als Vertreter des Gesellschafters der Potsdamer Stadtwerke darauf hinzuwirken, dass die ViP die Maskenpflicht im ÖPNV rechtssicher und praktikabel umsetzt.**

**Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig angenommen.**

**zu 3.6 Divestment und Finanzanlage nach ökologischen, sozialen und Good Governance-Kriterien**

**Vorlage: 20/SVV/0849**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Die Ausschüsse für Klima, Umwelt und Mobilität und Finanzen empfehlen mehrheitlich einen neuen Beschlusstext. Da kein Redebedarf besteht, wird dieser zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

- 1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung den Entwurf einer Anlagerichtlinie für die Landeshauptstadt Potsdam im 1. Quartal 2021 vorzulegen.**
- 2. Die Anlagerichtlinie soll auf ethische und klimapolitische Kriterien, neben der Ausgestaltung der gesetzlichen Vorgaben, abstellen.**
- 3. Sie soll sinngemäß in den Beteiligungen der Landeshauptstadt Potsdam, sowie beim kommunalen Versorgungsverband Brandenburg Berücksichtigung finden.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>14</b>
Ablehnung:	<b>1</b>
Stimmhaltung:	<b>2</b>

**zu 3.7**

**Sicherer Hafen II**

**Vorlage: 20/SVV/0856**

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke  
neue Fassung vom 19.08.2020  
zur Erledigung

Herr Dr. Zöllner bringt den Antrag namens der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKEN in einer neuen Fassung ein.

Anschließend macht die Vorsitzende des Migrantenbeirates, Frau Pohle, auf die dazu ausgereichte Stellungnahme des Migrantenbeirates aufmerksam, in der der vorliegende Antrag nachdrücklich unterstützt werde. Sie betont, dass die Bereitschaft und der Wille, schnell und unbürokratisch zu helfen, nicht von Land und Bund, sondern von den Kommunen komme.

Herr Exner betont, dass mehr nötig sei als bisher und insgesamt zu wenig für die Lösung der Probleme getan wurde. Es bedürfe eines geplanten Handelns über alle Ebenen und wichtig sei ein Landesaufnahmeprogramm.

Herr Linke führt aus, dass der Antrag in Folge der Ereignisse falsch formuliert sei und die ursprüngliche Fassung des Antrags mit dem Satz der neuen Fassung ergänzt werden sollte.

Nach kontroverser Diskussion betont Herr Dr. Zöllner, dass im Grunde alle das gleiche Ziel verfolgen und die Fraktion dem Vorschlag von Herrn Linke folgen werde.

Herr Kolesnyk macht auf die Probleme der Umsetzung bereits existierender Beschlüsse aufmerksam. Die Aufnahme unbegleiteter Kinder und Jugendlicher scheiterte daran, dass es diese Gruppe unter den Geflüchteten nicht mehr gegeben habe. Deshalb sollten die Formulierungen nicht so festgezurrt werden.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass es den politischen Willen gebe, etwas bewegen zu wollen, nur könne das Vorgehen gerade nicht abschließend beurteilt werden. Er schlägt vor, die Zeit bis zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses

zu nutzen, um eine adäquate Formulierung zu finden.

Auf Empfehlung der stellvertretenden Vorsitzenden, Frau Armbruster, wird die Sitzung unterbrochen und verständigen sich die Fraktionen auf einen Formulierungsvorschlag, der anschließend zur Abstimmung gestellt wird:

**Der Hauptausschuss beschließt:**

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich bei der Brandenburger Landesregierung für ein Landesaufnahmeprogramm für Geflüchtete einzusetzen, das eine deutlich erhöhte Aufnahme von Geflüchteten vorsieht.**

**Die Stadtverordnetenversammlung bekräftigt ihren Beschluss 18/SVV/0878 und ist bereit, eine erhöhte Anzahl geflüchteter Menschen aufzunehmen, insbesondere unbegleitete minderjährige Flüchtlinge.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>12</b>
Ablehnung:	<b>1</b>
Stimmenthaltung:	<b>4</b>

**zu 3.8 Sachprämien für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der christlichen Kliniken in Potsdam**

**Vorlage: 20/SVV/0861**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
zur Erledigung

**Zurückgestellt – bis Ende des Jahres**, da der Beitrag von Bund und Land zu dieser Frage derzeit noch diskutiert wird.

**zu 4 Verständigung zur Einwohnerfragestunde**

Die vorliegenden Fragen werden seitens der Verwaltung in folgender Verantwortung beantwortet:

Frage 1 - Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt gemeinsam mit dem Geschäftsbereich, Bildung, Kultur, Jugend und Sport

Frage 2 - Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt gemeinsam mit dem Geschäftsbereich Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit

Frage 3 - Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt

Frage 4 - Geschäftsbereich Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit

Diese Information wird zur Kenntnis genommen.

## **zu 5            Mitteilungen der Verwaltung**

### **zu 5.1        Bericht des Oberbürgermeisters aus der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 19.08.2020**

Dazu wurde an alle Mitglieder des Hauptausschusses das „Allgemeine Eindämmungskonzept der Landeshauptstadt Potsdam über mögliche Schutzmaßnahmen zur Bekämpfung lokaler Infektionsgeschehen“ ausgereicht.

Auf die Nachfrage der stellvertretenden Vorsitzenden, Frau Armbruster, ob diese durch die Beigeordnete für Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit vorgestellt werden solle, wird kein Redebedarf signalisiert.

Frau Meier verweist auf die Presseberichterstattungen in den nächsten Tagen, in denen die Erläuterungen aus der Pressekonferenz noch einmal nachzulesen seien.

### **zu 5.2        Einrichtung, Struktur, Ziele und Aufgaben der Geschäftsstelle "Kommunaler Präventionsrat" der Landeshauptstadt Potsdam**

**Vorlage: 20/SVV/0817**

Oberbürgermeister, Fachbereich Ordnung, Sicherheit und Gesundheit

Die Beigeordnete für Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit, Frau Meier, erläutert die Mitteilungsvorlage.

Herr Dr. Scharfenberg betont anschließend, dass er sich in seinen Bedenken bestätigt sieht. Für die Funktionalität des Präventionsrates bedarf es einer breiten Anbindung und die sei mit dem jetzigen Format nicht gesichert. Die Arbeitskreise seien nicht gebildet worden und die Frage, wie die Stadtverordneten einbezogen werden sollen, nicht beantwortet. Darüber hinaus widersprechen sich in der Mitteilungsvorlage die verwendeten Begrifflichkeiten. Vieles sei richtig und unstrittig; funktioniere aber so nicht. Er bittet, über den Präventionsrat in geeigneter Weise noch einmal zu reden.

Frau Meier verweist darauf, dass es sich hier um eine klassische Projektstruktur handele und schlägt die konkrete Darstellung der Sachstände im Ausschuss für Ordnung und Sicherheit vor. Der derzeitige Sachstand sei der Tatsache geschuldet, dass nach der Gründung des Präventionsrates viele der Akteure bis vor kurzem „in die Corona-Pandemie“ stark eingebunden gewesen seien.

Herr Dr. Scharfenberg signalisiert Zustimmung zu diesem Verfahrensvorschlag. Darüber hinaus bittet er, das Thema im Hauptausschuss in der Dezembersitzung erneut aufzurufen und sich zum Sachstand nochmals zu verständigen.

Herr Linke fordert die Beigeordnete auf, die Textfassung zu überarbeiten, da Begrifflichkeiten und Zusammenhänge nicht schlüssig seien.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

### **zu 5.3        Sponsoringbericht der Landeshauptstadt Potsdam 2017/2018**

**Vorlage: 20/SVV/0814**

Oberbürgermeister, Fachbereich Recht und Vergabemanagement



Herr Jetschmanegg, Leiter des Geschäftsbereiches Zentrale Verwaltung, erläutert eingangs den Bericht und antwortet auf die Nachfrage von Herrn Walter, dass die Stadt keinen Einfluss auf zweckgebundene Sponsoringleistungen habe. Auf die Anmerkung von Herrn Teuteberg, dass eine zeitnahe Berichterstattung notwendig sei, entgegnet er, dass die Verzögerung auf Grund des Wechsels in der Zuständigkeit entstanden sei und die Verwaltung wieder in den „normalen Takt“ zurückkehren werde.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

#### **zu 5.4 Integrationsmonitoring 2019**

**Vorlage: 20/SVV/0766**

Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

Die Integrationsbeauftragte, Frau Grasnack, erläutert an Hand einer Powerpoint-Präsentation (dem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt) die Zielstellung des Integrationsmonitorings, um eine erfolgreiche Integration nicht dem Zufall zu überlassen, sondern feststellbar, nachvollziehbar und bewertbar umzusetzen sowie Erfolge und Defizite und Indikatoren festzustellen. Anschließend erläutert sie die wichtigsten Ergebnisse im Jahr 2019.

Herr Kolesnyk regt anschließend an, die Mitarbeitenden in der Verwaltung, die einen Migrationshintergrund haben, in der Statistik mit auszuweisen. Frau Dr. Müller bedankt sich für das Integrationsmonitoring und den hohen Informationsgehalt. Sie betont, dass die Zusammenfassung der Handlungsempfehlungen klar und unmissverständlich seien und fragt nach dem Grad der Verbindlichkeit dieser, den Adressaten und die Einbeziehung in das Verwaltungshandeln.

Die Beigeordnete für Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit, Frau Meier, verweist darauf, dass ihr Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration wie viele andere Bereiche genau diese Aufgabe habe. Sie schlägt vor, in diesem Fachbereich „etwas zu installieren“, was das Monitoring vorhält und kontrolliert.

Gegen den Vorschlag von Frau Armbruster in einem halben Jahr darüber zu informieren, wie sich diese Empfehlungen im Verwaltungshandeln niedergeschlagen haben, erhebt sich kein Widerspruch.

#### **zu 6 Sonstiges**

keine Themen

stellvertretende Vorsitzende:

Schriftführerin: